

Hausarbeit: Parteien in Organisationssoziologischer Perspektive

Hierarchie? Nein Danke!
Die Parteiorganisation der Piratenpartei Deutschland

Sebastian Festag

05.04.2012

Wortzahl: 5376

Seitenzahl (Reintext): 15

Dozentin: Prof. Maja Apelt

Inhalt

Einleitung	3
1 Parteien und ihre Organisationsmodelle	4
1.1 Grundlegende Merkmale von Parteien	4
1.2 Parteiformen – Eine Typisierung	7
1.2.1 Hierarchie	7
1.2.2 Stratarchie	7
1.2.3 Federation	8
2 Vergleich	9
2.1 Phänomenologie	10
2.1.1 Allgemeine Gliederung	10
2.1.2 Willensbildung	11
2.2 Machtverteilung in SPD und Piratenpartei	13
3 Die Piratenpartei als neuer Typus Partei? - Ein Fazit	16
Quellen	18

Einleitung

Parteien müssen als freiwillige Organisation zwei oft gegensätzliche Aufgaben wahrnehmen: Die Repräsentation ihrer Mitgliederinteressen und effektives Regierungshandeln. Nicht immer stehen diese Aufgaben auf derselben Seite: Emanzipierte Parteimitglieder die offen Konflikte austragen vertragen sich schwer mit der Notwendigkeit von effizienter Entscheidungsfindung und politischer Schlagkraft, währenddessen klare Hierarchien in der Praxis die einer entmündigten Parteibasis Gefahr bergen. Im Jahr 2011 scheinen viele Parteien sich wieder mehr an ihren Mitgliedern zu orientieren. Während die SPD auf ihrem Parteitag eine neue Satzung beschloss, die Mitgliedern mehr Rechte einräumt, führte die FDP einen Mitgliederentscheid durch, um ein strittiges Thema von nationaler Bedeutung zu klären.

Den innovativsten Umgang mit dem Konflikt Führerschaft – Parteibasis hat aber die Piratenpartei, die in Berlin und im Saarland bereits ersten Wahlerfolg zu verzeichnen hat und nun auch national an Prominenz gewinnt. Die Piraten wollen mit der etablierten repräsentativen Demokratie brechen und klassische Parteiorganisation und stramme Hierarchien hinter sich lassen. So verzichten sie in manchen Bundesländern bewusst auf Kreis- Bezirks- und Ortsverbände, das Delegiertensystem für Parteitage wurde abgeschafft und elektronische Urabstimmungen sind mehr als bloße Luftschlösser. Eine klare Themenpositionierung und verlässliche Entscheidungsfindung soll durch das „Liquid Feedback“, einer Online-Abstimmung und Diskussionssoftware, möglich gemacht werden und somit keine Exklusivrecht der Parteigremien mehr bleiben.

Die Hausarbeit vertritt die These, dass die Piratenpartei Deutschland mehr als eine klassische Partei unter elektronischem Deckmantel ist, sondern durch ein anderes Organisationsmodell und neue Partizipationsformen das herkömmliche Verständnis von Parteien herausfordert. Ziel der Arbeit ist daher eine Analyse des Organisationsgebildes der Piratenpartei. Warum kündigt die Piratenpartei einen neuen Typus Partei an? Um sich der Forschungsfrage anzunähern, widmet sich das erste Kapitel dem akademischen Kontext: Wie kommt es zu dem klassischen Konflikt zwischen Parteiführung und Parteibasis und in welche verschiedenen Parteitypen erwachsen aus diesem Spannungsfeld? Der zweite Teil der Hausarbeit vergleicht die Gliederung und die Machtverteilung zwischen Mitgliedern und Vorstand der Piratenpartei mit denen der SPD um festzustellen, inwieweit ein Unterschied zu Hierarchien in traditionellen Parteien besteht. Das dritte und letzte Kapitel versucht, die Piraten in einen der zuvor etablierten Parteitypen einzugliedern. Dabei ist festzustellen, dass die Piratenpartei viele bekannte Elemente dezentraler Parteienföderationen übernommen hat und damit keinen neuen Parteitypus darstellt. Durch ihr Ideal vom emanzipierten Parteimitglied beschreitet sie aber auch neue Wege, die bei einer konsequenteren Umsetzung tatsächlich einen Neuen Parteityp begründen könnten.

1. Parteien und ihre Organisationsmodelle

In diesem Kapitel werden die theoretischen Grundlagen für eine Struktur-Analyse der Piratenpartei gelegt. Zunächst werden Parteien aus Organisationssoziologischer Perspektive betrachtet um das Spannungsfeld, das zwischen der Parteilite und dem einfachen Mitglied herrscht, vor Augen zu führen. Im zweiten Abschnitt des Kapitels werden dann einige wichtige Merkmale vorgestellt anhand denen man Parteien in eines der drei Organisationsmodelle *Hierarchie*, *Stratarchie* und *Parteienföderation* einordnen kann. Eine solche Typisierung ermöglicht es vereinfacht darzustellen, wie zentral oder dezentral das Macht- und Einflussgefüge in einer Partei geartet ist.

1.1 Grundlegende Merkmale von Parteien

Die Suche nach einer allgemeingültigen Definition für 'Parteien' scheint zwecklos, so weit gehen die Meinungen von Politikwissenschaftler auseinander (Wiesendahl, 2006, S.3). Da jede Partei aber auch eine Organisation ist, macht es Sinn sich vorerst mit dem Begriff Organisation auseinander zu setzen. Darauf aufbauend ist es dann möglich zu untersuchen inwieweit sich Parteien von anderen Organisationen wie Unternehmen oder Vereinen unterscheiden. Stefan Kühl (2011) schreibt nach Luhmannschem Verständnis allen Organisationen drei zentrale Elemente zu (S.17): einen Organisationszweck, Mitglieder und eine Hierarchie. Im Folgenden werden diese Elemente noch einmal für Parteien aufgeschlüsselt.

Der Machterwerb ist das einzige Ziel, das wohl alle Parteien jeglicher Couleur im politischen System der Bundesrepublik verfolgen. Als Zwischenziel, dient es den drei gemeinen **Zwecken** Wählergewinn, Ämtergewinn und politische Gestaltung, welche nach Wiesendahl (2006) jeder Partei zu Eigen sind. Dabei herrscht zwischen den einzelnen Zwecken keine Rangfolge. Oft ergibt sich ein Erfolg aus dem anderen, oftmals stehen sie aber auch diametral zueinander. So gibt es viele Beispiele dafür, dass eine Partei ihre politischen Ziele einschränken muss, sei es um durch einen bitteren Kompromiss zu einer Koalition und damit zu einem Amt zu kommen, oder durch die Formulierung weniger radikaler Wahlversprechen um Wählerstimmen zu maximieren.

Die **Mitglieder** einer Partei unterscheiden sich deutlich von denen in einem Unternehmen, da die Parteimitgliedschaft in einer Demokratie immer auch freiwillig ist. Freiwilligkeit bedeutet in diesem Kontext, dass ein Mitglied primär keine Gegenleistung, insbesondere keine ökonomischen Anreize, für den Eintritt erwarten kann (Horch, 1985, S.158). Mehr noch, die freiwillige Organisation Partei fordert einen monatlichen Mitgliedsbeitrag ein und funktioniert nur gut, wenn sich möglichst viele Personen unentgeltlich engagieren. Das Motiv der Einzelperson in eine Partei einzutreten und Mitglied zu bleiben, liegt also nicht im persönlichen Vorteil (mit Ausnahme derer, die eine Parteikarriere anstreben) sondern in der ideologischen Identifikation mit den politischen

Zielen. Bei allen Vorteilen die freiwillige Organisationen mit sich bringen wie z.Bsp. ehrenamtliche Arbeit und niedrige Ansprüche bei Mitgliedern gibt es doch aus Sicht des Vorstandes erhebliche Nachteile.

Anders als in einer Organisation mit bezahltem Beschäftigungsverhältnis kann die Organisationsleitung lediglich um Mitwirkung bitten, aber gar nichts erzwingen (Horch, 1985, S.257). Zudem zwingt die Identifikation als vergleichsweise schwaches Bindemittel zwischen der Organisation und dem Mitglied die Führung dazu, bei vielen Entscheidungen die Interessen der Mitglieder zu berücksichtigen. Verärgert man die Mitglieder, oder fühlen sie sich nicht mehr vertreten, droht ein Rückgang der überlebenswichtigen ehrenamtlichen Arbeit oder im schlimmsten Fall die Rückgabe des Parteipasses. Dies ist auch einer der Gründe, warum freiwillige Organisationen häufig Entscheidungen mit basisdemokratischen Verfahren treffen: es schafft den Anreiz der politischen Mitgestaltung (Horch, 1985, S.261)

Freiwillige Mitgliedschaft hat damit auch Auswirkungen auf die **Hierarchie** innerhalb von Parteien. Schließlich widersprechen basisdemokratische Elemente dem hierarchischen Idealmodell einer Pyramide, in der die jeweils höhere hierarchische Ebene vollkommene Weisungsbefugnis über die Untergebenen verfügt. Hierarchie ist aber, gerade für große Organisationen ein tragendes Element. Es ermöglicht sehr komplexe Probleme, die für eine Einzelperson nicht überschaubar sind, so zu zerlegen dass sie effizient arbeitsteilig gelöst werden können (Wilke, 1998, S.79). Die Aggregation des politischen Willens mehrerer tausend Mitglieder sowie das Erreichen mehrerer Millionen Menschen durch Wahlkampf, wie es Parteien tun, fallen unter solche Komplexaufgaben. Ein anderer Vorteil von Hierarchie ist, dass es „die Entscheidbarkeit von Problemen“ sichert, wann immer Streitfragen innerhalb der Organisation entstehen (Baecher, 1994, S.27).

Wie aber lösen Parteien dieses Spannungsfeld zwischen Hierarchie und dem demokratischen Einbinden der Mitglieder auf? Der akademische Diskurs um diese Frage wurde lange Zeit von Robert Michels „Ehernen Gesetz der Oligarchie“ geprägt, das er in seiner Analyse der SPD zu Beginn des 20. Jahrhunderts ausrief. Nach Michels Auffassung tendieren selbst Parteien mit starker basisdemokratischer Intention dazu mittelfristig einer Romanze mit der Führerschaft zu verfallen. Jede größere Organisation muss leitende Individuen herausbilden, die die Fähigkeiten haben eine komplexe Organisation zu führen und sich als Wortführer in der politischen Arena behaupten können. Dieser Prozess wird gestützt von einer passiven Mitgliederbasis, die die Elitisierung schweigend hinnimmt, oder durch Heldenverehrung und Führerkult auch noch verstärkt. Letztlich tendiert die Machtelite dazu von ihren demokratischen Idealen abzurücken und die im politischen Wettbewerb gewonnenen Fertigkeiten nach innen hin zu benutzen um sich innerparteilich gegen die Abzusetzen, die nicht mit dem eingeschlagenen Kurs einverstanden sind (vgl. Michels, 1968).

Das hohe Alter des „ehernen Gesetzes“ lässt Zweifel an der Gültigkeit von Michels Beobachtung aufkommen. Spielen sich in Parteien nach fast einem Jahrhundert noch dieselben Prozesse ab? Nach einer empirischen Studie von Robert Rohrschneider haben sich grundlegende Voraussetzungen geändert: Parteimitglieder weisen heute einen deutlich höheren Bildungsgrad auf als vor einem Jahrhundert und nehmen nicht länger eine passive Rolle ein. Im gleichen Maße haben Politiker der Führungsebene aufgehört, die Interessen der Basis zu ignorieren (Rohrschneider, 1994, S.229). Eine scheinbar Organisationsimmanente Elitisierung in Parteien findet aber laut Rohrschneider nach wie vor statt, allerdings unter höherem Widerstand (ibid.). Hierarchien sind demnach in Parteien nach wie vor wichtig.

Im Gegensatz dazu steht Peter Lösche, der (wieder mit Blick auf die SPD) Parteien als dezentralen Zusammenschluss von lokalen Gruppen, Flügeln und Arbeitsgruppen wahr nimmt (1995, S.185). Anstatt klarer Hierarchie zeichnet die Partei eine „lose gekoppelte Hierarchie“ (ibid., 184) aus. Nach dieser Interpretation stellt sich im Spannungsfeld Hierarchie-Demokratie weniger die Frage, ob die Führung sich durchzusetzen weiß, sondern eher wie die Partei trotz Dezentralisierung und Flügelkämpfe zusammenhält. Lösche führt dahingehend mehrere Faktoren auf: Der politische Kampf gegen andere Parteien, traditionelle Symbole wie die rote Fahne oder die Anrede 'Genosse'. Auch bei Lösche fehlt der Verweis auf die Partielite nicht, denn er fügt cäsaristische und charismatische Führungspersönlichkeiten zu der Liste der Instrumente hinzu, die eine Partei zusammenhalten.

Obwohl ihre Schlussfolgerungen einander diametral gegenüber stehen, gehen Robert Michels und Peter Lösche bei ihrer Beschreibung von Parteistrukturen beide sowohl auf die hierarchischen Bedürfnisse der Führung als auch auf die demokratischen Wünsche der Basismitglieder auf der anderen Seite ein. Warum ist sowohl der demokratische als auch der hierarchische Charakterzug nicht von Parteien wegzudenken? Die Beantwortung der Frage führt uns zu den Aufgaben die eine Partei zu bewältigen hat. Die Partei ist eine doppelgesichtige Organisation die zwischen der rationalen Welt der Regierungshandlung und der emotionalen Welt der Zivilgesellschaft steht (Wiesendahl, 2006, S.10). Sie hat zum einem die politische Willensbildung aus der Gesellschaft zur Aufgabe und muss zum anderen politische Ämter erstreiten und diese mit effektivem und effizientem Regieren ausfüllen. Aus unterschiedlichen Aufgaben für Organisationen erwachsen aber auch unterschiedliche Lösungswege um die Herausforderungen bestmöglich zu bewältigen (Wilke, 1998, S.65). Radikalisierungen der Grundmodelle gelten als historisch gescheitert (ibid., S.86). Parteien müssen also auf beide Steuerungsmodelle, Hierarchie und Demokratie zurückgreifen um ihre Rolle im politischen System zu erfüllen. Der ständige Konflikt zwischen Basis und Führung drückt dies aus.

1.2 Parteiformen – Eine Typisierung

Im voranstehenden Abschnitt wurde festgestellt, dass sich Strukturen von Parteien anhand der Auseinandersetzung zwischen Parteibasis und ihrer Führung herleiten. Ob die Partielite ihre Flügel und Basismitglieder unter Kontrolle hat oder nicht hängt einerseits von den ihr zur Verfügung stehenden Ressourcen und Kompetenzen ab, andererseits von dem Grad in dem zentrale Parteiorgane von territorialen Subgliederungen besetzt werden (Bolleyer, 2011, S.5). Je nachdem welche Konfliktpartei den besseren Kompromiss erzielt, fällt die Organisation eher demokratisch oder streng hierarchisch aus. Diese Bipolarität ermöglicht es, Parteien nach ihrem Hierarchisierungsgrad auf einer Achse einzuordnen um sie miteinander vergleichbar zu machen. Nicole Bolleyer (2011) empfiehlt eine dreigliedrige Typologie: strenge **Hierarchien**, **Stratarchien** und **Parteifederationen**. Die Hausarbeit wird im weiteren Verlauf dieser Typologie folgen um festzustellen wie bzw. ob sich die Piratenpartei zu einem der drei vorgeschlagenen Muster einordnen lässt. Im Folgenden werden diese drei Typen beschrieben.

1.2.1 Hierarchie

Vorweg muss an dieser Stelle zwischen dem unter 1.1 vorgestelltem Steuerungsmodell Hierarchie und dem Parteityp Hierarchie unterschieden werden. Während ersteres beschreibt auf welche Art Probleme gelöst werden, benutzt Bolleyer das Wort um einen abgrenzbaren Oberbegriff für all die Parteien zu schaffen, die eine Pyramidenförmige Struktur und Machtverteilung auszeichnet. Das Steuerungsmodell ist dabei das dominierende Element des Parteityps.

Priorität im Hierarchie-Typus ist einseitige Kontrolle der Macht in der Parteiführung. Lediglich bei streng lokalen Themen sind lokale Parteiverbände unabhängig, das richtungsweisende nationale Programm aber wird ausschließlich von der Partielite beschlossen. Sollten lokale Dependancen einen Kurs einschlagen der gegen diese Richtlinien verstößt hat die Führung extensive Möglichkeiten um die Einheit zu ahnden. Selbiges gilt für die Aufstellung von Kandidaten und für die Kontrolle über die Parteifinanzen: In einer Hierarchie erfolgt beides zentral (Bolleyer, 2011, S.5-7). Dieser Parteityp ist in Reinform nicht oft anzutreffen, ein gutes Beispiel wäre aber die Rechtspopulistische *Dansk Folkeparti* in Dänemark (ibid., S.11).

1.2.2 Stratarchie

Das Stratarchiemodell wurde 1964 von Samuel Eldersveld in die Organisationssoziologie eingeführt. Er beschrieb damit offene Organisationen, die sich an ihre Umwelt anpassen und die im Inneren eine polyzentrische, vielschichtige Machtstruktur ausmacht (Wiesendahl, 2011, S.41). Von

der Vorstellung mehrerer voneinander weitestgehend unabhängiger Parteiebenen rührt auch die Bezeichnung Stratarchie (aus lat. Stratum: Lage, Schicht). Das Modell erlangte jüngst wieder Bedeutung durch Kenneth Carties Neuinterpretation. Carty zeigt eine bemerkenswerte Allegorie zwischen modernen Parteiorganisation und Franchise-Firmen auf: Die Partei verkörpert eine Art Marke und weist ihr einen Platz im politischen Spektrum zu (Carty, 2004, S.11). Den Unterschiedlichen Parteiebenen kommen verschiedene Aufgaben zu. Während die Zentrale das standardisierte Produkt, also das Parteiprogramm, festlegt und durch ihre Prominenz die Kommunikation nach außen und innen dominiert, werden von den lokalen Verbänden Wähler mobilisiert, der Parteinachwuchs rekrutiert und das Parteiprogramm den lokalen Wählerbedürfnissen interpretiert (ibid., S.15, S.20). Wie in einem Franchise-Unternehmen obliegt die Strategie und die Werbung also dem Vorstand, die konkrete Umsetzung und Personalpolitik aber den örtlichen Distributionen. Dabei bleiben die Ebenen aber weitestgehend autonom (ibid, S.9).

Wiesendahl (2010) weist darauf hin, dass Stratarchie ein systemfunktionalistisches Modell ist und dadurch wenig Gemeinsamkeiten mit anderen Untersuchungsansätzen der Parteienforschung hat (S.43, S.56). Auch Carty (2004) selbst darauf hinweist, dass der Hierarchisierungsgrad in Franchise-Organisationen mehr oder weniger ausgeprägt sein kann (S.10). Wie also soll man das Stratarchiemodell selbst auf einer solchen Achse einordnen können? Bolleyer macht darauf aufmerksam dass Stratarchie gewisse hierarchische Elemente voraussetzt. So geht Carty davon aus, dass die standardisierende Zentrale das Recht haben muss, lokale Einheiten zu bestrafen wenn sie vom etablierten Parteistandard abweichen. Carty erwähnt außerdem, dass die Parteilite finanzielle Ressourcen aufwendet um lokale Infrastrukturen zu unterstützen, was impliziert dass sie die Kontrolle über diese Ressourcen halten muss (Bolleyer, 2011, S.4). Die Betonung darauf, dass die Lokalverbände unabhängig bleiben ist dagegen ein dezentrales Wesensmerkmal. Es folgt, dass man Stratarchien durchaus innerhalb der Typologie zwischen einer strammen Hierarchie und balkanisierten Parteifederationen einordnen kann. Der Begriff Partei-Stratarchie fängt für Bolleyer also eine Balance zwischen Kontrolle und Autonomie innerhalb derselben Organisation ein (ibid., S.3). Dieses Verständnis von Stratarchie vermeidet eine rein funktionalistische Darstellung von Parteien, sondern drückt aus, dass auch andere Ziele als der Machtgewinn zentral sind. Es liegt damit näher an Eldersvelds originärer Position (ibid.).

1.2.3 Parteifederationen

Federationen sind das dezentrale Extrem auf der demokratisch-hierarchischen Achse. Ihr Hauptziel ist die Erhaltung der relativen Unabhängigkeit der lokalen Parteieinheiten, auch wenn dies zum Nachteil der Gesamtorganisation führt. Die örtlichen Verbände dominieren die Organisation derart,

dass selbst die nationale Kandidatenwahl und zentrale Entscheidungen von den niederen Parteiebenen bestimmt werden. Die finanzielle Verantwortung und Konfliktlösung werden nicht zentral getragen. Die Kompetenzen und Ressourcen werden mit den Lokalverbänden geteilt. Historisch gesehen entstehen Föderationen aus der Fusion von präexistente lokalen Parteien oder Bewegungen (Bolleyer, 2011, S.5-7). Gute Beispiele für Föderationen sind die deutsche Partei *Bündniss 90/Die Grünen* oder ihr eidgenössisches Pendant *Grüne Schweiz* (ibid., S.15).

Ausgewählte Merkmale um die drei Parteytypen zu unterscheiden sind der unten angefügten Tabelle zu entnehmen. Es handelt sich dabei um einen Auszug aus Bolleyers Gegenüberstellung (ibid., S.6).

	Hierarchie	Stratarchie	Federation
Kontrolle	Durch Zentrale	Verteilt	Durch Lokale
Konfliktlösung	Zentral	Verteilt	Verteilt
Kandidatenwahl	Zentral	Lokal	Regional
Kontrolle der Finanzen	Zentral	Zentral und Lokal geteilt	Lokal oder geteilt

2. Vergleich

Die eben erfolgte theoretische Aufarbeitung ergab, dass Parteien aufgrund der Vielseitigkeit ihrer Aufgaben sowohl hierarchische als auch demokratische Eigenschaften vereinen. Eine mehr oder weniger starke Prägung in Richtung eines Steuerungsmodelles ergibt sich je nach Macht-Konstellation zwischen einfachen Mitgliedern und Parteiführung und führt dazu, dass wenigstens zwischen drei Parteytypen unterschieden werden kann: strengen Hierarchien, Stratarchien oder Föderationen. Wie eingangs erwähnt, versucht sich die Piratenpartei Deutschland von etablierten Parteien abzugrenzen indem sie formelle Hierarchien und tradierte Formen der innerparteilichen Willensbildung wie Delegiertensysteme ablehnt und stattdessen auf neuartige Kommunikationsmedien und Organisationsmodelle setzt. Ist mit der Piratenpartei tatsächlich ein neuer Typus Partei entstanden, der jenseits sich jenseits der dreigliedrigen Typologie ansiedelt?

Um dies festzustellen prüft dieses Kapitel zunächst die Behauptung der Piratenpartei qua Parteiorganisation ganz neue Wege zu beschreiten. Im zweiten Teil werden die groben Wesensmerkmale der Piratenpartei den unter 1.2 ausgewählten Kriterien aus Bolleyers Typologie zugeordnet. Um einen Referenzpunkt zu haben an dem sich eventuelle Unterschiede aufzeigen können, wird die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in beiden Punkten als Vergleichspartner herangezogen. Als älteste große Deutsche Partei ist sie ein guter Vergleichspartner da man in ihr ob ihres Alters ein Paradebeispiel für traditionelle Organisationsstrukturen vermuten kann.

2.1 Phänomenologie

Als Ausgangspunkt der rein deskriptiven Gegenüberstellung eignen sich die Bundessatzungen der beiden Parteien, die laut §6 des Gesetzes über die politischen Parteien (PartG) unter anderem über die allgemeine Gliederung der Partei, über Rechte und Pflichten der Mitglieder und über die Zusammensetzung und Befugnisse des Vorstandes Auskunft zu geben hat. Im Folgenden wird die Behauptung der Piratenpartei überprüft, besonders flache Hierarchien zu haben und Willensbildung basisdemokratisch zu lösen.

2.1.1 Allgemeine Gliederung

Im direkten Vergleich der Satzungstexte haben SPD und Piratenpartei eine sehr ähnliche Gliederung. Laut §8 des SPD-Organisationsstatutes (SpdOs) gliedert sich die SPD in Ortsvereine, Unterbezirke, Bezirke und dem Bundesverband. Die einzelnen Bezirke sollen die eigentliche „Grundlage der Organisation“ darstellen, dürfen sich aber bei Bedarf zu einem Landesverband zusammenschließen. Faktisch ist dies auch in allen Ländern der Fall und der Vorstand hat das Recht gemäß §8 Abs. 4 selbst einen Landesverband zu erzwingen. Somit kann man bei der SPD von einer Leitungstiefe von fünf Ebenen sprechen. Die politische Willensbildung soll von unten nach oben erfolgen, während §9 SpdOs immer die Satzungshoheit der nächsthöhere Ebene garantiert.

Nach §7 der Satzung der Piratenpartei (SPir) gliedert sich die Partei nach Landesverbänden, welche nach Belieben Untergliederungen schaffen dürfen. Damit können neben der Bundes- und Landesebene auch Orts-, Kreis- und Bezirksverbände entstehen, wodurch die maximale Leitungstiefe bei den Piraten ebenfalls fünf Ebenen beträgt. Die Satzungshoheit der Bundessatzung ist durch §14 SPir ebenfalls garantiert.

Auf den ersten Blick gleicht sich die formelle Gliederung der beiden Parteien sehr, da beide sich an an den Stufen der staatlichen Verwaltungsgliederung orientiert. Dies liegt auch an den rechtlichen Bestimmungen: §7 PartG sieht vor, dass „die gebietliche Gliederung [so weit ausgebaut ist]; dass den einzelnen Mitgliedern eine angemessene Mitwirkung an der Willensbildung möglich ist.“ Der wichtige Unterschied besteht allerdings darin, dass die Piratenpartei die genaue Ausbildung einer Struktur den Landesverbänden überlässt. Die fünfstufige Gliederung ist bei den Piraten rein fakultativ und anders als in der SPD gibt es keinen Paragraphen, der es der Parteiführung erlaubt die Untergliederung mitbestimmen zu dürfen. In der Praxis führt das dazu, dass die Piraten tatsächlich eine deutlich flachere Hierarchie aufweist als die Sozialdemokraten.

Ersichtlich ist dies am Beispiel des Landes Berlin. Während die SPD in Berlin zwölf Kreisverbände und 130 Abteilungen unterhält, beruft sich die Piratenpartei auf §7 PartG, nach dem Parteien in Stadtstaaten keine Untergliederung aufweisen müssen. Stattdessen organisieren sich

berliner Piraten in Themengruppen, die sowohl Bezirksbezogen (die sogenannten „Crews“) als auch Bezirksübergreifend (sogenannte „Squads“) arbeiten können. Die Berliner Satzung ermöglicht das Entstehen von Bezirksverbänden (§1 Abs. 5). Dennoch ist sie derart gestaltet, dass durch Gebietsversammlungen Entscheidungen für niedrige Verwaltungsstufen getroffen werden können, ohne dass die Piraten sich in Kreis- oder Bezirksverbänden institutionalisieren müssen (§9). Dem Argument, dass die Piraten aufgrund ihrer geringeren Größe weniger Hierarchie brauchen ist entgegen zu halten, dass beispielsweise die nur geringfügig größere FDP Berlin, gemessen an den Mitgliedern, nicht nur in 12 Bezirksverbände, sondern auch in insgesamt 37 Ortsverbände hat und damit ebenso stark untergliedert ist wie die viel größere sozialdemokratische Partei.

Diese Beobachtung ist auch bei den Flächenländern zu machen. Die Piraten in Hessen haben 14 Kreisverbände und keine weiteren Gliederungen. Die SPD hat zwischen der Kreisebene und dem Land noch die beiden Bezirke Nord- und Südhessen geschaltet und unterhält zahlreiche Ortsverbände. Dieser Trend setzt sich in den anderen Bundesländern fort, womit die Piratenpartei in den meisten Ländern eine bis zwei Hierarchieebenen weniger aufweisen. In der Leitungstiefe der Parteien ist demnach ein wesentlicher Unterschied feststellbar.

2.1.1 Willensbildung

Zu einem Urteil über die Parteiorganisation bedarf es mehr als die Untersuchung der bloßen Rangordnung. Die Piraten behaupten auch durch ihre innovative Form der Willensbildung ein Alleinstellungsmerkmal zu besitzen. Im Folgenden wird daher die Aggregation des Mitgliederwillens in der SPD und in der Piratenpartei untersucht.

Nach §7 PartG muss die Mitwirkung jedes Mitgliedes bei der Willensbildung möglich gemacht werden, wozu sich auch beide Parteien explizit in ihren Satzungen bekennen (vgl. §5/§9 SpdOs und §4 SPir). Wie sich diese Willensbildung aber vollzieht nimmt unterschiedliche Formen an. Ein klassisches Instrument ist das **Delegiertensystem**. Die lokalen Parteiverbände wählen einen Vertreter, der zusammen mit den Delegierten anderer Gebietskörperschaften ein Gremium bildet um Entscheidungen zu treffen. Die Repräsentanten sollen dabei nicht als gewählte Diktatoren, sondern als Diener ihrer Wähler agieren (McCrone & Kuklinski, 1979, S.278). Der Bundesparteitag der SDP, das höchste Gremium der Partei, organisiert sich nach diesen Regeln (§15 (1) SpdOs). Trotz des demokratischen Anklages dieses Instrumentes bringt es gewisse Probleme mit sich. So ist unbedingt zu gewährleisten, dass der Vertreter sich seinen Wählern verantwortlich fühlt: er darf auch wenn es gegen sein eigenes Interesse verstößt, nicht Handeln. Eine zweite Voraussetzung ist, dass die Mitglieder des entsprechenden Lokalverbands unmissverständliche Instruktionen an weitergeben (McCrone & Kuklinski, 1979, S.297). In großen Demokratischen

Entscheidungsverfahren sind die Voraussetzungen aber praktisch kaum erfüllbar (ibid., S.298). Ein anderer Nachteil ist der, dass all jene Mitglieder, die einen nicht erfolgreichen Vertreter wählen letztlich nicht repräsentiert werden.

Im Gegensatz zur SPD verzichtet die Piratenpartei auf ein Delegiertensystem. Für ihren Bundesparteitag erhält jedes Mitglied eine Einladung (§9b SPir). Zudem wird ernsthaft über die Einführung eines unkonventionellen Instrumentes diskutiert, das sich zwischen repräsentativem und direkter Demokratieverständnis ansiedelt und damit stark die Bedeutung des einzelnen Mitgliedes betont: Liquid Democracy.

Der Begriff **Liquid Democracy** kommt aus dem Englischen und bedeutet etwa so viel wie flüssige Demokratie. Die unbekanntenen Urheber des Begriffes der in diversen Englischsprachigen Online-Gemeinschaften entstanden ist (Horbank, 2011, S.5) sind der Auffassung, dass die repräsentative Demokratie zu starr ist und erhoffen sich durch den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologie eine Verflüssigung dieser Begrenzungen (Reichert, 2011). Jeder Teilnehmer soll jederzeit und sehr differenziert seine Meinung vertreten können (ibid.). Bei der Wahl eines Repräsentanten muss man sich im Gegensatz dazu einmalig für eine Person festlegen, deren Werte und inhaltliche Ideen man überwiegend unterstützt – einen differenzierte Standpunkt zu verschiedenen Themenbereiche kann über diese Abstimmung nicht gewährleistet werden. Dabei ist Liquid Democracy mehr als die Zukunftsmusik, die neue Kommunikationsmedien gelegentlich mit sich bringen (vgl. Hacker & van Dijk, 2000, S.2): Die Piratenpartei nutzt mit Liquid Feedback¹ der Public Software Group e. V. bereits funktionale Software der Meinungsbildung auf Bundesebene. Die Macher der Software wollen den bestehenden Parlamentarismus bestärken indem sie „die Demokratisierung der Entscheidungsprozesse innerhalb von Parteien und Organisationen“ (Public Software Group e.V., 2012) vorantreiben.

Die Software bietet über das Internet die Möglichkeit an forumsähnlichen Diskussionen über gesellschaftliche oder parteirelevante Themen teilzunehmen. Dabei wird viel Wert auf die grundlegenden Prinzipien der Liquid Democracy gelegt: Transparenz und das Fehlen von Moderation. Alle Vorgänge sollen für jeden Internetnutzer einsehbar sein und das Ausbleiben von Moderation soll den Austausch gleicher und freier Mitglieder ermöglichen: frei von Zensur und gleiche Rechte für alle Teilnehmer. Neben oder anschließend an eine Diskussion können ein oder mehrere Initiativen, Gesetzesvorschläge oder ähnliche Entscheidungen gemeinschaftlich ausgearbeitet werden. Dies ist möglich, indem jeder Teilnehmer die Datei ändern kann, ältere Versionen aber weiterhin gespeichert werden so dass sie im Falle eines dekonstruktiven Angriffs

1 Die im Folgenden beschriebene Funktionsweise geht aus einem Dokument der Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft des Deutschen Bundestages (2012) vor.

durch einen unverbesserlichen Projektgegner der Fortschritt immer wiederhergestellt werden kann. Fertige Entwürfe werden ebenfalls unter dem kritischen Auge der Online-Gemeinschaft kommentiert oder bewertet. Auch Abstimmungen können durchgeführt werden, wobei die stark differenzierten Möglichkeiten an einer Abstimmung teilzunehmen zu dem Herzstück von Liquid Feedback gehören. Anstatt für jede einzelne Initiative nur mit Ja oder Nein zu entscheiden kann man seine Stimme beispielsweise von der Annahme eines bestimmten Änderungsvorschlages abhängig machen. Besonders erwähnenswert ist die Idee des delegated Voting. In großen Organisationen und noch vielmehr in nationalen Abstimmungen wäre es unmöglich als normaler Teilnehmer jede kleine Änderung nachzuverfolgen und sich entsprechend zu entscheiden. Stattdessen kann man sich dazu entschließen, demjenigen seine Stimme anzuvertrauen, dem man eine kompetente Entscheidung zutraut. Die Entscheidung, wer wofür von wem eine Stimme bekommt kann auch jederzeit widerrufen werden. Dadurch soll die Organisationsinterne Meinung viel dynamischer und differenzierter ausfallen.

Die Entscheidungskompetenz kann somit aus der Hand ausgewählter Delegierten genommen und für jedes Mitglied ermöglicht werden. Eine weitere Besonderheit ist, dass nicht nur die Abstimmung selbst, sondern auch die Erarbeitung über die Gegenstände der Wahl basisdemokratisch erfolgt. Da Willensbildung erst durch Diskurs erfolgt (Manin, Stein & Mansbridge, 1987, S.364), kann jedes Mitglied wenn erwünscht an dem gesamten Prozess der Willensbildung der Partei teilnehmen.

Auch wenn Liquid Democracy als Parteiinternes Instrument der Willensbildung mit Ausnahme der Berliner Piratenverbandes (vgl. §11 Satzung des Landesverbandes Berlin der Piratenpartei Deutschland) noch nicht verpflichtend für die Partei ist, wird deutlich das die Piratenpartei sehr viel Wert darauf legt, dass jedem Mitglied Partizipationsmöglichkeiten offen stehen. Die Idee von emanzipierten Parteimitgliedern, die in völlig transparenten und gleichberechtigten Diskussionen rationale Entscheidungen treffen können, ist sehr präsent und kommt im Liquid Feedback vielleicht am deutlichsten zum Vorschein. Im Gegensatz dazu versteht sich die SPD „nicht als basisdemokratische, sondern als Funktionärspartei“ in den zuerst gewählte Gremien und nicht das einzelne Mitglied im Vordergrund stehen (Schroeder, Neumann, S.212). Bei der Entwicklung partizipativer Organisationsformen tun sich die Sozialdemokraten eher schwer (ibid., S.224). Obwohl auch die SPD mit ihrem „Zukunftsdialog online“ und einer Online-Programm-Debatte zwei Initiativen gestartet hat, die von Liquid Democracy Gebrauch machen, stehen diese jedem Bürger offen und sind damit kein Instrument um den Mitgliederwillen zu bestimmen.

2.2 Machtverteilung in SPD und Piratenpartei

Der voranstehende Abschnitt hat deutlich gemacht, dass die Behauptungen der Piratenpartei hierarchisch und organisatorisch völlig neu aufgestellt zu sein nicht ohne gewisse Berechtigung sind. Das Prädikat 'wenig Hierarchie' verlangt aber mehr als nur 'wenige Hierarchiestufen'. In diesem Teil wird daher die Machtverteilung zwischen Parteibasis und Führung in der SPD und der Piratenpartei anhand ausgewählter Kriterien untersucht (vgl. Tabelle von Seite 9).

Kontrolle

Die Frage der Kontrolle in Parteien wird von vielen Faktoren beeinflusst. An dieser Stelle soll diskutiert werden welche Mittel die Parteizentrale hat bzw. einfache Mitglieder haben um sich gegenseitig zu kontrollieren. Nach §26(1) SpdOs hat der Sozialdemokratische Vorstand das Recht alle Gremien der Partei, also auch die niederen Gliederungen zu kontrollieren, so zum Beispiel uneingeschränkt allen Sitzungen beizuwohnen. Im Gegenzug haben einfache Mitglieder nicht das Recht Einsicht in die Bücher des Vorstandes oder der Partei zu verlangen (§27 SpdOs). Die Informationspolitik in der SPD ist stark asymmetrisch zum Vorteil des Vorstandes. Da Information aber entscheidend wichtig für Kontrolle ist, hat die Parteispitze hier eine starke Position. Das heißt aber nicht, dass sie ganz ohne Aufsicht operieren kann: auf dem Parteitag wird eine Kontrollkommission gewählt, die dies zur Aufgabe hat (§31 SpdOs).

In der Piratenpartei ist Kontrolle nicht institutionalisiert. Allerdings ist die Informationspolitik auch gänzlich anders. Der Piratenvorstand hat die „Dokumentation der Sitzungen“ zu gewährleisten, und aus ihrer Geschäftsordnung geht hervor, dass Sitzungen nur im begründeten Einzelfall unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden dürfen (§2 SPir). Jedes Vorstandsmitglied muss zusätzlich einen schriftlichen Tätigkeitsbericht veröffentlichen (§9a(7);§9a(9) SPir). Die Kontrollfunktion trägt somit jedes Mitglied gleichermaßen.

Die Frage der Kontrolle muss für die beiden Parteien sehr differenziert gehandhabt werden. Bezüglich der Prüfung ihres Vorstandes ist die SPD eher exklusiv: sie verbietet einfachen Mitgliedern die Einsicht und überlässt die Untersuchung einem zentralen Kontrollorgan, dessen Zusammensetzung von Delegierten bestimmt wird. Der Vorstand selbst hingegen erfreut sich vollkommener Einsicht in die Geschäfte niederer Gliederungen. Aufgrund der starken Informationsasymmetrie kann man von einer SPD mit zentralistischer Kontrolle sprechen. Die Piratenpartei zeichnet eine stärkere Balance aus. Der bereits erwähnte Glaube der Piratenpartei an die Macht des emanzipierten Basismitgliedes bei völliger Transparenz findet auch hier Widerhall.

Konfliktlösung

Hinsichtlich der Ahndung einzelner Mitglieder unterscheiden sich die beiden Parteien kaum. Beide Parteisatzungen empfehlen das Eröffnen von Ordnungsverfahren, die vom Vorstand und allen anderen Parteigremien eingeleitet werden können und von einem regionalem Schiedsgericht entschieden werden (§35(4) SpdOs; §6(3) SPir). Die Vorstände beider Parteien dürfen in schwerwiegenden Fällen einzelne Mitglieder zeitlich begrenzt von Parteiämtern entheben (§18 SpdOs, §6(6) SPir). Der Lokus der Konfliktlösung ist bei beiden Parteien örtlich, allerdings hat der Vorstand eine sehr prominente Rolle darin einnehmen. Einfluss auf die Konfliktlösung wird in den Parteien von Lokalverbänden und Parteiführung geteilt.

Nationale Kandidatenwahl

Die Kandidaten die für die SPD in den Bundestag einziehen wollen werden auf Landesparteitagen von Delegierten gewählt. Die Zentrale Intervention ist potentiell möglich, wird aber faktisch nicht genutzt (Detterbeck, 2011, S.109). Das liegt auch an der Besonderheit, dass in Deutschland regionale Parteientitäten mit dem Bundesverband sehr stark vertikal integriert sind (ibid., S.225). Der Kanzlerkandidat der Partei kann sogar durch einen Mitgliederentscheid festgestellt werden (§14(9) SpdOs). Bei den Piraten stellt sich die Kanzlerfrage natürlich noch nicht, da aber auf ein Delegiertensystem verzichtet wird, werden die Landeslisten durch Direktwahl bestimmt. Die Betonung liegt erneut auf dem einzelnen Mitglied.

Kontrolle der Finanzen

In der SPD ist der Parteivorstand nicht nur Eigentümer aller Gelder und Vermögensstücke (§24(1) SpdOs), ihm steht auch 15% der Mittel aus Mitgliedsbeiträgen zu (SPD, 2007, S.14). Der Vorstand der Piratenpartei darf unverhältnismäßig mehr Geld verwalten: er erhält 40% jedes Mitgliedsbeitrages (§6(1) PirFinO). Bei Spendengeldern haben beide Parteien die gleichen Regelungen: die Gliederung für die die jeweilige Spende gedacht ist erhält uneingeschränkt die Mittel (§3 SpdFinO; §10(1) PirFinO). Über die staatliche Teilfinanzierung verfügt in der Piratenpartei ein Finanzrat der sich aus Vertretern der Landesverbände und dem Bundesschatzmeister zusammensetzt (§15 PirFinO). Eine Bevorzugung der Landes- gegenüber dem Bundesverband ist also wahrscheinlich. Eine gleichmäßige Verteilung ist also gewährleistet. In der SPD profitiert der Vorstand von den staatlichen Zuschüssen deutlich mehr: 34% der Gelder fließen an die Landesverbände während der Vorstand die übrigen 66% erhält (SPD, 2011, S.13).

Insgesamt ist die Verteilung der Finanzressourcen zwischen Bund und Ländern in der SPD

damit sehr ausgeglichen, während dem Vorstand der Piratenpartei nur ~19%² der Gesamtressourcen zukommt. Die Finanzen der Piraten sind also deutlich dezentraler verwaltet als die der SPD.

3. Die Piratenpartei als neuer Typus Partei? - Ein Fazit

Die Hausarbeit hat ausführlich den klassischen, innerparteilichen Konflikt zwischen partizipationswilligen Mitgliedern und ihrer Parteiführung behandelt. Eine Art eine Typisierung von Parteiorganisationen vorzunehmen, führt über diesen Konflikt: Je nachdem ob sich Parteibasis oder Parteilite durchsetzen, werden Parteien zu Hierarchien, Stratarchien oder Parteiföderationen. Anfangs wurde die These aufgestellt, dass die Piratenpartei einen neuen Typ von Parteiorganisationen ankündigt. Die Überprüfung dieser These verlangt das Abgleichen der Eigenschaften der Piratenpartei mit den drei oben genannten Organisationstypen. Wie also fügt sich die Piratenpartei in die Typologie ein?

Der Vollständigkeit halber zunächst ein kleines Fazit für die SPD: Mit Ausnahme der eher zentralen Kontrolle in der SPD deuten alle Elemente klar darauf hin, dass die sozialdemokratische Organisation stratarchisch ist. Dies passt auch hervorragend zu Peter Lösches Analyse der SPD, der quasi autonome Bezirks- und Landesgliederungen sowie ein Parteivorstand beobachtet hat, der „weitgehend unabhängig vom Rest der Partei“ agiert (Lösche, 1995, S.185). Das Zitat erinnert auch stark an Cartys Stratarchiedefinition: unabhängige Ebenen, die unterschiedliche Aufgaben wahrnehmen.

	Piraten	SPD
Phänomenologie		
Gliederung	Geringe Leitungstiefe	Hohe Leitungstiefe
Willensbildung	Basisdemokratisch/ Digitale Deliberation	Delegiertensystem
Nach Bolleyers Typologie		
Kontrolle	Basismitglieder kontrollieren den Vorstand	Zentral
Konfliktlösung	Verteilt	Verteilt
Kandidatenwahl	Basisdemokratische Wahl	Lokal, kaum zentraler Einfluss
Kontrolle der Finanzen	Überwiegend Dezentral	Verteilt

Bei der Piratenpartei ist die Zuordnung nur scheinbar einfach: Alle untersuchten Kategorien zeigen

² Vgl. dazu Piratenpartei, 2012

einen hohen Grad an Dezentralisierung auf. Der Piratenpartei den Organisationstypus einer Parteienföderation zuzusprechen drängt sich geradezu auf, aber es gibt doch einen Punkt an dem die Zuordnung unzureichend ist: Während bei Nicole Bolleyers Föderationen der Begriff 'Dezentralisierung' beinhaltet, dass lokale Gremien statt nationaler Institutionen die Macht haben, legt die Dezentralisierung bei den Piraten die Macht in die Hände der Mitgliederschaft. Nicht der Lokalverband kontrolliert den Parteivorstand und entsendet Delegierte, sondern jedes Mitglied wird zum Wahlmann und oberstem Aufseher. Basisdemokratie nicht mehr als Herrschaft der untersten Gremien sondern als Herrschaft emanzipierter, gleicher und freier Mitglieder zu verstehen ist das radikal Neue an der Piratenpartei.

Gerade weil in der Piratenpartei neue Instrumente zur Willensbildung wie das Liquid Feedback aber noch nicht verpflichtend und bindend genutzt werden, ist die Partei noch nicht im Neuen Typus angekommen. Bislang ist die Piratenpartei Deutschland eine föderale Partei mit stark basisdemokratischen Elementen. Erst eine sehr konsequente Umsetzung (wie sie zum Beispiel von den Italienischen Piraten beschlossen wurde) könnte aus der deutschen Piratenpartei einen neuen Typus entstehen lassen, gesetzt dem Fall dass, durch die starke Stimme des Individuums keine Zerfallserscheinungen einsetzen.

In der Tat ist eine mögliche Kritik an der Hausarbeit das junge Alter der Partei: Die Piraten gibt es erst seit 2006. Echte politische Bedeutung und einen beispiellosen Mitgliederschub erlangte sie aber erst Anfang 2012 mit dem Einzug in den Berliner Landtag. Der vorherrschende Aufbruchcharakter und das junge Alter der Partei machen Änderungen der Parteistruktur und damit auch den Rückfall auf bekannte Organisationsformen möglich. Ebenso steht das zentrale Willensbildende Element Liquid Feedback wenn auch nicht mehr am Anfang doch sicher nicht am Ende seiner Entwicklung. Die Chancen und Grenzen sind also schwierig abzuschätzen. Eine an die Hausarbeit anknüpfende Forschung sollte sich intensiver mit den organisatorischen aber auch politischen und die Legitimation betreffenden Folgen des Einsatzes dieser neuen deliberativen Kommunikationsmedien auseinandersetzen.

Sicher ist, dass sich mit der Piratenpartei nicht nur eine thematisch andere Partei, sondern auch ein innovatives und experimentelles Organisationsmodell mit viel Potential in deutsche Landtage geschlichen. Das Internet eröffnet neue Wege der politischen Kommunikation und die Piratenpartei Deutschland ist die erste deutsche Partei die aktiv mit dieser Gewissheit umgeht.

Quellen

Satzungen, Gesetzestexte etc.

Satzung der Piratenpartei Deutschland	-	SPir
Finanzordnung der Piratenpartei Deutschland	-	PirFinO
Satzung der Piratenpartei Berlin		
Organisationsstatut der SPD	-	SpdOs
Finanzordnung der SPD	-	SpdFinO
Parteiengesetz	-	PartG

Literatur und Internetquellen:

Baecher, D. (1994). *Postheroisches Management*. Berlin: Merve.

Bolleyer, N. (2011). New party organization in Western Europe: Of party hierarchies, stratarchies and federations . In: *Party Politics*. Ausgabe 22, Nr.1.

Carty, R.K. (2004). Parties as Franchise Systems. The Stratarchical Organizational Imperative, In: *Party Politics*. Ausgabe 10, Nr.1.

Detterbeck, K. (2010). *Parteien und Parteiensysteme*. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft, S.109

Enquete Kommission des Deutschen Bundestages (2012). Aufgerufen am 27.03.2012 von http://blog.internetenquete.de/wp-content/uploads/2010/09/Synopse_Partizipationstools1.pdf

Hacker, K. L. & van Dijk, J. (2000). *Digital Democracy – Issues of Theory and Practice*. London: Sage Publications.

Horbank, D. (2011). Liquid Democracy – Neue Formen direkter Demokratie im Alltag. Aufgerufen am 23.03.2012 von www.informatik.uni-leipzig.de/~graebe/Texte/Horbank-11.pdf

Horch, H. (1985). Personalisierung und Ambivalenz – Strukturbesonderheiten freiwilliger Vereinigungen. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Ausgabe 37, Nr.2.

Lösche, Peter (1995). Haben Volksparteien noch eine Chance? Die SPD als „lose verkoppelte Anarchie“; In: Gellner, Wieland; Veen, Hans-Joachim (Hrsg.): *Umbruch und Wandel in westeuropäischen Parteiensystemen*. Frankfurt am Main.

Kühl, S. (2011). *Organisationen – Eine sehr kurze Einführung*. Wiesbaden: VS-Verlag.

Manin, B., Stein, E., Mansbridge, J. (1987). On Legitimacy and Political Deliberation . In: *Political Theory*, Ausgabe 15, Nr.3.

McCrone, D.J. & Kuklinski, H.H. (1979). The Delegate Theory of Representation. In: *American Journal of Political Science*. Ausgabe 23, Nr.2.

- Michels, R. (1968). Formale Demokratie und oligarchische Wirklichkeit. In: Lenk, Kurt/Neumann, Franz (Hrsg.): *Theorie und Soziologie der politischen Parteien*. Neuwied, Berlin: Luchterhand.
- Piratenpartei. (2012). *Aufteilung der Parteifinanzierung*. Aufgerufen am 02.04.2012 von http://wiki.piratenpartei.de/Datei:Aufteilung_der_Parteienfinanzierung_an_die_Gliederungen_2012.pdf
- Public Service Group e.V. (2012). *Offener Brief an die Bundeszentrale für politische Bildung wegen missverständlicher Darstellung in der Publikation „Die Piratenpartei als neue Akteurin im Parteiensystem“*. Aufgerufen am 26.03.2012 von <http://liquidfeedback.org/2012/03/05/offener-brief-an-die-bundeszentrale-fur-politische-bildung-wegen-missverstandlicher-darstellung-in-der-publikation-%E2%80%99Edie-piratenpartei-als-neue-akteurin-im-parteiensystem/>
- Reichert, D. (2001). *Liquid Democracy*. Aufgerufen am 26.03.2012 von http://wiki.liqd.net/Liquid_Democracy.
- Schroeder, W. & Neumann, A. (2010). Zwischen Mitglieder- und professioneller Wählerpartei. In: Jun, U. & Höhne, B. (Hg.). *Parteien als fragmentierte Organisationen*. Opladen & Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich.
- SPD. (2007). *Handbuch Finanzen*. Aufgerufen am 28.03.2012 von www.nrwspd.de/db/docs/doc_22309_200935123738.pdf
- SPD. (2011). *Finanzbericht der Schatzmeisterin 2009-2010*. Aufgerufen am 28.03.2012 von http://www.spd.de/linkableblob/70438/data/finanzbericht_09_10.pdf
- Rohrschneider, R. (1994). How iron is the iron law of oligarchy? In: *European Journal of Political Research*, Ausgabe 25.
- Wiesendahl, E. (2006). *Parteien*. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch.
- Wiesendahl, E. (2010): Der Organisationswandel politischer Parteien. Organisations- und wandlungstheoretische Grundlagen; In: Jun, U. & Höhne, B. (Hg.). *Parteien als fragmentierte Organisationen. Erfolgsbedingungen und Veränderungsprozesse*. Opladen/Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich.
- Wilke, H. (1998). Hierarchie als Steuerungsprinzip komplexer Systeme. In: Willke, H. (Hg.): *Steuerungstheorie*. Stuttgart: UTB.